



## Vortrag und Diskussion

An diesem Abend wird der politische Geschäftsführer der DFG-VK, Michael Schulze von Glaßer, von seiner Arbeit berichten: gegen die Werbekampagnen der Bundeswehr, gegen die Militarisierung der Schulbildung, gegen den Kriegsdienst und für Kriegsdienstverweigerung. Sein Vortrag wirft einen kritischen Blick auf die fortlaufende Militarisierung von Jugendlichen sowie auf die aktuelle Wehrpflichtdebatte und klärt über Hintergründe auf.

Anschließend bleibt genügend Raum, um zu diskutieren:

- Was bedeutet das für wen? Wie sind diese Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen?
- Was können wir hier jetzt tun?

Der Abend dient aber auch der ganz praktischen Vernetzung von Menschen, die antimilitaristisch wirksam werden wollen im Wendland und darüber hinaus, und solchen, die interessiert sind, als Berater\*innen bei der zukünftigen Kriegsdienstverweigerungsberatung zu helfen.

*Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen sowie Strukturen angehören beziehungsweise einer rechtsextremen Szene zuzuordnen oder durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zugang zur Veranstaltung zu verwehren.*

Von der  
Militarisierung  
Jugendlicher  
zu einem **Nein**  
zur Wehrpflicht

—

Verweigerung,  
Beratung,  
Widerstand

# Gegen mein Gewissen

Vortrag, Diskussion und Vernetzung

mit **Michael Schulze von Glaßer**,  
politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft –  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

**Café Grenzbereiche Platenlaase**  
**Dienstag, 18. November 2025**

Beginn: 19.30 Uhr



es lädt ein:  
**Antimilitaristisches Bündnis Wendland**

**BRD 2025:** Diesmal ist es keine Scheindebatte. Diesmal sind es keine nassforschenden Vorstöße einzelner Verteidigungspolitiker\*innen. Es ist klar: Der Kriegsdienst wird wieder kommen, die Pflicht auch.

Ausgehend von NATO-Planungen für eine größere Truppenstärke in Europa entwickelten Bundeswehr und Bundesverteidigungsministerium ein neues Truppenmodell, das eine deutlich höhere Zahl an Soldat\*innen benötigt. Aber der Bundeswehr fehlt das Personal. Sie ist wohl auch kein übermäßig attraktiver Arbeitgeber – durch die jährlich freiwillig dazustoßenden Rekrut\*innen kann die Bundeswehr nicht einmal den aktuellen Bedarf decken: So klappt zu den neuen Planungen eine projizierte Lücke von fast 90.000 Soldat\*innen. In Zeiten der »Zeitenwende« scheint dies ein unhaltbarer Zustand zu sein. Da passt es, dass der Bundespräsident 2022 die Debatte über einen als »Pflichtjahr« beschönigten Zwangsdienst für alle Bundesbürger\*innen losgetreten hat: Die Diskussion über bürgerliche Staatspflicht war wieder da – und mit ihr die Diskussion über den verpflichtenden Kriegsdienst.

Bei allen Vorschlägen bleibt festzuhalten: Für unsere Leitmedien und die Parteien – bis auf »Die Linke« – ist es keine Frage, ob ein Wehrdienst notwendig ist.

Strittig ist nur das Wie. Der Kriegsminister wollte das »schwedische Modell«, die Falken der Union wollen jetzt die sofortige Wehrpflicht für alle. Die Debatte deutet mittlerweile auf eine Lotterie hin – die einzige Lotterie, bei der alle auf die Nieten hoffen.

Bislang gehen Töne gegen die Militarisierung der Gesellschaft noch unter. Verschaffen wir uns genügend Gehör in der öffentlichen Diskussion? Wo bleibt die Debatte über Alternativen zur Rüstung? Immerhin: Bei den Beratungsstellen stehen die Telefone nicht mehr still, seit der Referent\*innen-Entwurf zum sogenannten Wehrdienst-Modernisierungs-Gesetzes (WDMoG) auf dem Tisch liegt – besorgte Eltern, nervöse Jugendliche, aufgekratzte ehemalige Verweigerer, aufgeschreckte Reservist\*innen melden sich: Was heißt das jetzt alles für uns?

Eine ganze Generation an Kindern ist aufgewachsen ohne die Auseinandersetzung mit einer Entscheidung »Dienen, Verweigern oder total Verweigern?«, dafür aber mit einer Dauerpräsenz einer hypermedialen Bundeswehr auf Messen, Werbetafeln, in Magazinen und auf Schulhöfen. Bei Veranstaltungen präsentiert sich die Armee als schlagkräftige Truppe für Abenteuer-suchende; auf YouTube und TikTok laufen ganze Serien, die für den Dienst in der Armee werben. Besonders Schülerinnen und Schüler sind im »Visier« der olivgrünen Nachwuchswerbung.

**Wir finden:** Es ist an der Zeit, das Wort »Wehr-Pflicht« richtig zu begreifen: als Pflicht, uns gegen den Kriegsdienst zu wehren.

**Wer heutzutage eine antimilitaristische Perspektive einnimmt, läuft Gefahr, als pro-russisch oder rechtsoffen etikettiert zu werden. Wir Veranstalter\*innen sind beides ganz gewiss nicht. Im Gegenteil: uns verbindet eine klare Haltung gegen Nationalismus jeglicher Couleur; Kapitalismus und imperiale Lebensweise verstehen wir als Ursache der ineinandergreifenden Krisen. Krieg zu führen, damit zu drohen oder sich dafür zu rüsten lehnen wir ab.**

**Sich nicht die Interessen derjenigen zu eigen zu machen, für die Krieg nur die konsequente Fortführung und Mittel ihrer Politik ist, heißt keineswegs, unentschieden zu sein.**

**Es ist und bleibt notwendig, Partei zu ergreifen für Menschen in Unterdrückung und Not. Antimilitarismus steht auf der Seite derjenigen, die unter den Folgen leiden, die schon zu Tausenden ihr Leben lassen mussten und die weiterhin als »Menschenmaterial« verbraucht werden. Diese Haltung wollen wir in die gesellschaftliche Debatte einbringen.**